

II-2184 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1122/J

1977-04-21

A n f r a g e

der Abgeordneten DDr. Maderner
und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Fernschulwesen in Österreich.

Das Fernschulwesen ist in Österreich immer noch vorwiegend privaten Initiativen überlassen. Die Klagen, daß neben seriösen Fernschulen auch stark gewinnorientierte, zum Teil ausländische Unternehmungen um Fernschüler werben und Interessenten zu langfristigen, unkündbaren und finanziell stark belastenden Verträgen überreden, können nicht überhört werden. In manchen Fällen ist auch das beigestellte teure Unterrichtsmaterial völlig unzureichend.

Aus diesem Anlass stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Unterricht und Kunst die nachstehenden

A n f r a g e n:

- 1.) Reichen die derzeit geltenden Bestimmungen aus, Fernschüler vor wirtschaftlichen Nachteilen zu schützen ?
- 2.) Besteht die Absicht, die Tätigkeit der Fernschulen gesetzlich zu regeln ?
- 3.) Wenn ja, wann ist mit der Erstellung einer Regierungsvorlage zu rechnen ?